

Die Rechtsgrundlagen für die Impfstoffbeschaffung durch die USA und die EU

Hilko J. Meyer

Die US-Regierung verließ sich bei der Impfstoffbeschaffung von Anfang an nicht auf den Markt, sondern auf ihre Kriegs- und Notstandsgesetze und ihre unbegrenzten finanziellen Ressourcen. Eine zentrale Rolle spielte dabei der Defense Production Act (DPA)¹ aus der Ära des Koreakrieges, der dem Präsidenten eine Reihe von Befugnissen verleiht, um die nationale Verteidigungsbereitschaft zu steigern und dafür die heimische industrielle Basis zu stärken. Der Kongress hat die Definition der „nationalen Verteidigung“ des DPA in mehreren Schritten über die militärische Anwendung hinaus erweitert, um Krisen infolge von Naturkatastrophen, Terroranschlägen und anderen nationalen Notfällen einzubeziehen. Nach

Für die neuste Ausgabe meiner Kolumne zum europäischen Gesundheitsrecht „Blick nach Brüssel“ ich mich mit der Frage befasst: Was ist eigentlich der Unterschied zwischen den rechtlichen Grundlagen für die Impfstoffbeschaffung in den USA und in der EU? Warum konnte Präsident Trump mit der Operation Warp Speed schon im April 2020 loslegen, in die Impfstoffentwicklung und -produktion eingreifen und bis Mitte Dezember 2020 über 12 Mrd. Dollar für R&D und Vorabproduktion von Impfstoffen ausgeben? Welche Schritte hat die EU unternommen, um eine EU-weite Impfstoffversorgung auf die Beine zu stellen? Der Blick nach Brüssel wird in der [Arzneimittel & Recht](#) 2/2021 erscheinen.

© 2021 APOTHEKENRECHT KOMPAKT, Frankfurter Institut für Gesundheit, Recht und Information, Frankfurt am Main, soweit nicht abweichend vermerkt

URL <https://www.apothekenrecht-kompakt.de/apothekenrecht/die-rechtsgrundlagen-fuer-die-impfstoffbeschaffung-durch-die-usa-und-die-eu/>, 19.04.2021.